

URGENT ACTION

HÄFTLINGE VOR FOLTER SCHÜTZEN

LESOTHO

UA-Nr: **UA-024/2024** AI-Index: **AFR 33/7855/2024** Datum: **26. März 2024** – as

SEBILO SEBILO
MOTS'OANE MACHAI
NTHATHANE MOTANYANE
LIPHAPANG SEFAKO
MOTSIELOA LEUTSOA

MOHLALEFI SEITLHEKO
MARASI MOLELI
LITEKANYO NYAKANE
UND ANDERE HÄFTLINGE IN DER MCCI

Am 22. Dezember 2023 wurden Insassen der Hafteinrichtung *Maseru Central Correctional Institution* (MCCI) in Lesotho von Vollzugsbeamten gefoltert und anderweitig misshandelt. Sie wurden mit unterschiedlichen Waffen geschlagen und erhielten keinen Zugang zur benötigten medizinischen Versorgung. Familienangehörige konnten bei ihrem Besuch die Verletzungen sehen und forderten die umgehende Einleitung rechtlicher Schritte. Am 23. Januar 2024 verurteilte das Hohe Gericht von Lesotho den Einsatz von Prügelstrafen gegen MCCI-Häftlinge. Eine vom Büro der Ombudsperson in Lesotho eingeleitete Untersuchung legte systemische Fehler offen, die zu den Menschenrechtsverstößen beitragen. Die Behörden müssen die Empfehlungen der Ombudsperson dringend umsetzen. Dazu gehört auch der Schutz der Häftlinge in der MCCI vor Folter und anderen Misshandlungen.

Die jüngst bekanntgewordenen Menschenrechtsverletzungen wie Folter und andere Misshandlungen gegen Insassen der Hafteinrichtung *Maseru Central Correctional Institution* (MCCI) in Lesotho geben Anlass zur Sorge. Am 22. Dezember 2023 wurden die acht Häftlinge Sebilo Sebilo, Mots'oane Machai, Nthathane Motanyane, Liphapang Sefako, Motsieloa Leutsoa, Mohlalefi Seitlheko, Marasi Moleli, Litekanyo Nyakane und andere, die in der MCCI auf ihr Verfahren warten, von Angehörigen des Gefängnispersonals (Lesotho Correctional Services - LCS) gefoltert und anderweitig misshandelt. Am 22. Dezember 2023 besuchten Familienangehörige Häftlinge in der MCCI und fanden diese mit erkennbaren Verletzungen am Körper vor. Die Gefangenen berichteten ihren Angehörigen, dass sie bei einer Durchsuchungsaktion von Gefängnisbeamten mit verschiedenen Gegenständen geschlagen worden seien.

Einen Tag später, am 23. Dezember 2023, reichten Angehörige der Häftlinge einen Eilantrag beim Gericht in Maseru ein, um festzustellen, dass die MCCI-Beamten und ihre Untergebenen mit der körperlichen Bestrafung der Häftlinge rechtswidrig gehandelt hatten und dass ihre Entscheidung, ihre Anträge auf Besuch der Häftlinge abzulehnen, rechtswidrig war. Im Hinblick auf die rechtswidrige Anwendung von Körperstrafen erklärte das Gericht am 27. Januar 2024 jedoch, die Umstände, die zu den erlittenen Verletzungen führten, nicht feststellen zu können.

In der Vergangenheit hatte der Justizminister Forderungen nach einer unabhängigen Untersuchung von Folttervorwürfen durch Häftlinge in der MCCI unterstützt. Im Anschluss an eine im Dezember 2023 auf eigene Initiative durchgeführte Untersuchung veröffentlichte das Büro der Ombudsperson am 19. März 2024 einen Bericht, der ein beunruhigendes Muster von Misshandlungen, einschließlich Folter und exzessiver Gewaltanwendung, gegen Häftlinge in der Einrichtung aufdeckte.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 22. Dezember 2023 leitete die Ombudsperson des Königreichs Lesotho eine Untersuchung der Vorwürfe von Häftlingen in der *Maseru Central Correctional Institution* wegen Folter und exzessiver Gewaltanwendung ein. Am 19. März 2024 veröffentlichte die Ombudsperson die Ergebnisse der Untersuchung. In dem Bericht wurde u. a. festgestellt, dass Häftlinge von Vollzugsbeamten mit verschiedenen Waffen geschlagen wurden und man ihnen anschließend die medizinische Behandlung der erlittenen Verletzungen verweigerte. Die Beamten sollen sich gemeinsam Szenarien ausgedacht haben, um den Missbrauch zu rechtfertigen, während leitende Beamte vorgaben, nichts gewusst zu haben. Dies deutet auf eine tief verwurzelte Kultur des Fehlverhaltens innerhalb der Institution hin.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



Die Untersuchung ergab ferner, dass systemische Fehler maßgeblich zu dem Vorfall beigetragen haben. Dazu gehören unzureichende Kontrollen der Behandlung von Häftlingen, die Anwendung veralteter Vorschriften, schlechte Arbeitsbedingungen für das Gefängnispersonal, Verzögerungen bei der medizinischen Versorgung und Ressourcenmangel. Alle diese Faktoren zusammengenommen führten zu einer eklatanten Verletzung der Menschenrechte der Häftlinge und unterstreichen die dringende Notwendigkeit umfassender Reformen im Strafvollzugssystem.

Die Ombudsperson hat eine Reihe von Empfehlungen gemacht, um diese Probleme wirksam anzugehen. Erstens wird empfohlen, dass die Leitung der Gefängnisbehörde eine gründliche Untersuchung des Verhaltens der 114 männlichen Vollzugsbeamten durchführt, die an der mutmaßlichen Folter und den anderen Misshandlungen von Häftlingen beteiligt waren. Gegen diese Beamten, die gemeinsam gehandelt haben, müssen in Übereinstimmung mit den internen Vorschriften disziplinarische Maßnahmen ergriffen werden. Darüber hinaus sollte die Polizei von Lesotho eine Untersuchung einleiten und die Staatsanwaltschaft die am Ausbildungsprogramm *Community Service Training Scheme* teilnehmenden Beamten, die für die schwere Körperverletzung von Häftlingen verantwortlich sind, strafrechtlich verfolgen. Darüber hinaus ist das Ministerium für Recht und Justiz gefordert, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um Vorschriften und Regeln zu erlassen, die das Gesetz Nr. 3 von 2016 über die Strafvollzugsdienste in Lesotho in die Praxis umsetzen. Dieser Schritt ist von entscheidender Bedeutung, um die wirksame Durchsetzung des Gesetzes zu gewährleisten und ein Rahmenwerk aus Leitlinien zu schaffen, die Transparenz, Fairness und Kohärenz bei der Anwendung und Umsetzung des Gesetzes garantieren. Darüber hinaus sollte das Ministerium für Recht und Justiz der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des allgemeinen Umfelds für Strafvollzugsbeamte*innen und zugehöriges Personal Vorrang einräumen. Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf der dringenden Angleichung der Gehälter der Strafvollzugsbeamte*innen an die der anderen Sicherheitsbehörden gelegt werden. Dieser Schritt dürfte zu positiven und dauerhaften Veränderungen führen, die ein günstiges Arbeitsumfeld fördern und die Effizienz im Strafvollzug steigern.

SCHREIBEN SIE BITTE E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Hiermit bitte ich Sie, dafür sorgen, dass die Häftlinge in der Maseru Central Correctional Institution vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt werden, auch durch die umgehende Umsetzung der Empfehlungen des Büros der Ombudsperson.
- Außerdem fordere ich Sie auf, zu gewährleisten, dass die mutmaßlich für diese Misshandlungen verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen werden, und konkrete Schritte einzuleiten, um das Strafvollzugssystem so zu reformieren, dass es internationalen Menschenrechtsstandards gerecht wird. Dazu gehören die Überarbeitung von Gesetzen und Vorschriften für den Freiheitsentzug, die Verbesserung der Haftbedingungen und die Förderung einer Kultur der Achtung der Menschenrechte durch das Gefängnispersonal.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN JUSTIZMINISTER

Minister of Law and Justice
Hon. Richard Ramoetsi
P.O. BOX 33, 100, Maseru, LESOTHO
(Anrede: Dear Hon. Richard Ramoetsi / Sehr geehrter Herr
Minister)
E-Mail: seithati.sethabathaba@gov.ls

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS LESOTHO

I.E. Frau Senate Barbara Masupha
Kanada-Allee 15A
14513 Berlin

**E-Mail: lesothoembassyberlin@gmail.com,
info@lesothoembassy.de**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie auf Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **21. Mai 2024** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to ensure the eight named detainees and others held at Maseru Central Correctional Institution are protected from torture and other ill-treatment including by taking immediate steps to implement the recommendations put forth by the Office of the Ombudsman.
- I also call on you to ensure accountability by holding those suspected to be responsible for the abuses to account and taking concrete steps to reform the correctional system to ensure that it upholds international human rights standards. This includes revising laws and regulations governing detention, improving conditions of confinement, and promoting a culture of respect for human rights among correctional staff.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

